

Landtag Brandenburg

7. Wahlperiode

Mündliche Anfrage 372

der Abgeordneten Ricarda Budke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

an die Landesregierung

Wasserwirtschaftliche Folgen des Kohleausstiegs: Vergabe einer Studie vom Umweltbundesamt an ein Konsortium, geführt von einer LEAG-Tochter

Am 8. Januar 2021 veröffentlichte der „SPIEGEL“ einen Artikel „Renaturierung der Tagebaue: Umweltbundesamt vergibt sensible Studie an Kohleunternehmen“ (vgl. <https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/umweltbundesamt-vergibt-sensible-studie-an-kohlekonzern-leag-a-c6b073ca-1fa3-48ca-8ccd-855a257b86ea>). Demnach soll ein Konsortium, bestehend aus regelmäßig im Auftrag der LEAG tätigen Gutachterfirmen unter Führung der GMB (einer 100%igen Tochterfirma der LEAG), ein Gutachten zu den wasserwirtschaftlichen Folgen des Braunkohleausstiegs in der Lausitz erstellen.

Ich frage die Landesregierung: Wie war sie in die Erstellung der Leistungsbeschreibung und die Vergabe des Gutachtens involviert?